

Mehr Stromer unterwegs:  
Zulassungszahlen von E-Autos  
schießen nach oben.

Seite 8



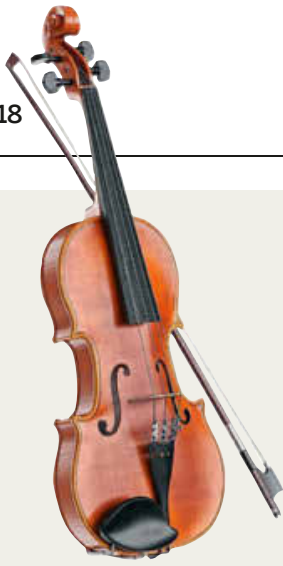
Das kleine Glück im Grünen:  
Kleingärten sind beliebt. Doch  
die Wartelisten sind lang.

Seite 21



Das WKO Heilbronn stellt sein  
Programm für die Spielzeit  
2025/26 vor.

Seite 18



# HEILBRONNER STIMME

www.stimme.de

Mittwoch  
14. Mai 2025

Zeitung für die Region  
Heilbronn-Franken  
Hohenlohe  
Kraichgau

Nr. 110 · 2,40 Euro

## Sorge vor Krieg nimmt zu

**BAWÜ-CHECK** Umfrage im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage zu den Themen Krieg und Katastrophen

Von unserem Redakteur  
Jürgen Paul

Die Sorge vor einem Krieg mit deutscher Beteiligung ist in Baden-Württemberg weit verbreitet. Das zeigt der jüngste BaWü-Check der baden-württembergischen Zeitungsverlage. Dafür hat das Institut für Demoskopie Allensbach im April eine repräsentative Umfrage in der baden-württembergischen Bevölkerung durchgeführt. Demnach halten es 39 Prozent der Baden-Württemberger für eher wahrscheinlich (30 Prozent) oder sehr wahrscheinlich (9 Prozent), dass Deutschland in den nächsten Jahren in einen Krieg verwickelt wird. 47 Prozent der Befragten halten dies für eher unwahrscheinlich (38 Prozent) oder sehr unwahrscheinlich (9 Prozent).

Um die Verteidigungsbereitschaft des Landes ist es der Umfrage zufolge nicht sehr gut bestellt. Lediglich 24 Prozent der Baden-Württemberger wären im Falle eines Angriffs auf Deutschland bereit, das Land mit der Waffe zu verteidigen. Eine klare Mehrheit von 52 Prozent wäre dazu nicht bereit. Von den Männern würden immerhin 34 Prozent zur Waffe greifen, bei den Frauen sind es nur 14 Prozent.



BaWü-  
Check

**Mehrheit für Dienstjahr** Für die Wiedereinführung der Wehrpflicht sprechen sich nur 22 Prozent der Baden-Württemberger aus. Eine klare Mehrheit von 54 Prozent plädiert für ein verpflichtendes Dienstjahr, das bei der Bundeswehr oder im sozialen Bereich abgeleistet werden könnte. 16 Prozent der Befragten lehnen beide Möglichkeiten ab.

Zwar ist das Bewusstsein in der Bevölkerung für das Risiko von Krisen- oder Katastrophenfällen in den vergangenen Jahren gestiegen. Doch es gibt in Baden-Württemberg eine verbreitete Skepsis unter den Bürgern, ob das Land für solche Fälle auch gut vorbe-

### Die Sorgen der Bevölkerung

Das macht mir große Sorgen...



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre, HSt-Grafik, Quelle: Allensbacher Archiv, IFO-Umfrage 6184/V  
Illustration: Nuthawdt / stock.adobe.com

reitet wäre. So sagen zwar 38 Prozent der Befragten, Baden-Württemberg sei gut oder sehr gut auf den Krisen- oder Katastrophenfall vorbereitet. Aber eine Mehrheit von 51 Prozent findet, dass das Land weniger gut oder gar nicht gut auf solche Situationen vorbereitet ist.

**Notfallpläne** Die befragten Bürger erwarten vom Land Baden-Württemberg vor allem die Ausarbeitung von Notfallplänen, damit die Gesundheitsversorgung im Katastrophenfall sichergestellt ist – 92 Prozent halten dies für besonders wichtig. Eine bessere Ausstattung der Polizei, der Feuerwehr und des Technischen Hilfswerks wünschen sich 89 Prozent, 88 Prozent halten regelmäßige Aus- und Weiterbildung von Einsatzkräften für besonders wichtig. Auch der Aufbau eines Medikamentenvorrats (86 Prozent), Vorkehrungen zum Schutz der Kommunikations- und Energienetze (85 Prozent) und eine verbesserte Information der Bürger im Katastrophenfall (80 Prozent) sind den Baden-Württembergern besonders wichtig.

Die Bürger selbst sorgen nur bedingt für den Katastrophenfall vor. So haben 64 Prozent einen Vorrat an Kerzen und Teelichtern, 58 Prozent haben Lebensmittel für mindestens zehn Tage zu Hause und 52 Prozent verfügen über eine Vorrat an Medikamenten. Trinkwasser für mindestens zehn Tage haben nur 40 Prozent der Befragten im Haus, über Heizmöglichkeiten ohne Strom, also Kohle- oder Holzofen, verfügen nur 29 Prozent der Baden-Württemberger.

**Schutzräume** Das Wissen um öffentliche Schutzräume ist in der Bevölkerung nur schwach ausgeprägt. Nur 13 Prozent der Befragten wissen laut Umfrage, dass es im Kriegs- oder Katastrophenfall Schutzräume in der eigenen Region gibt. Aber gerade mal sieben Prozent wissen, wo genau sich diese Schutzräume in der Region befinden. „Mehr Aufklärung wäre an dieser Stelle sicherlich hilfreich“, schreiben die Autoren des Instituts für Demoskopie Allensbach. Seite 5

**Meinung „Andere Zeiten“**

### Meinung



Von Uwe Ralf Heer

Die Bereitschaft, das Land im Verteidigungsfall zu unterstützen, ist viel zu gering, meint unser Autor.

### Andere Zeiten

Wie es um die Verteidigungsfähigkeit des Landes bestellt ist, das interessiert in den vergangenen Jahrzehnten nur die wenigsten Deutschen. Die Folgen sind fatal: Deutschland ist absolut nicht in der Lage, sich selbst zu verteidigen. Weder personell noch materiell. Kaum mehr Kasernen, keine Ausbilder, keine Erfassung der wehrfähigen Personen. Obendrauf: Im BaWü-Check, der repräsentativen Umfrage der baden-württembergischen Medien, wird trotz des jahrelangen Krieges in der Ukraine deutlich, dass die Bereitschaft, das Land im Kriegsfall mit der Waffe zu unterstützen, erschreckend gering ist. Das ist umso verwunderlicher, zumal fast 40 Prozent der Befragten eine realistische Sichtweise der Weltlage haben und die – leider von vielen noch immer unterschätzte – Gefahr erkennen, dass Deutschland in den nächsten Jahren in einen Krieg verwickelt werden könnte. Niemand redet oder schreibt einen Krieg herbei. Arglos jedoch davon auszugehen, dass dieser Fall nie eintreten könnte, ist unverantwortlich. Denn man erlebt ihn mitten in Europa. Daher geht es nicht ohne Wehrpflicht und weitere Investitionen in die Verteidigungsfähigkeit. Es mag heute kaum mehr jemand hören, aber das Gleichgewicht der Kräfte hat uns im Kalten Krieg vor Übergriffen geschützt. Es muss wieder hergestellt werden.

**@ Ihre Meinung?**  
uwe.heer@stimme-mediengruppe.de

### Kurios

#### Minister ignoriert Verbot

**WASHINGTON** Ob er seiner Gesundheit damit einen Gefallen getan hat? Eigentlich ist das Baden wegen hoher Bakterienkonzentration und anderer ansteckender Erreger in einem Bach in der US-Hauptstadt Washington verboten. Gesundheitsminister Robert F. Kennedy Jr. stieg trotzdem rein und postete Fotos auf der Plattform X, die ihn planschend im Gewässer zeigen. dpa

### Wirtschaft

Der Autozulieferer Thyssenkrupp will 230 Stellen in der Region Heilbronn streichen. Seite 7

### Kultur

Neufassung der Thomas-Mann-Familiensaga „Buddenbrooks“ im Schauspielhaus Stuttgart. Seite 19

### Sport

Die Meldeliste des Neckar-Cups kann sich auch bei der Premiere in Bad Rappenau sehen lassen. Seite 16

### Region

Wohnen in Heilbronn ist teuer: In zehn Jahren liegt die Käthchenstadt unter den Top 10. Seite 21

## Fünf Maßnahmen für mehr Ärzte

**HEILBRONN** Die medizinische Versorgungssituation wird sich in Heilbronn in den nächsten Jahren weiter verschlechtern. Das geht aus einem Bericht des städtischen Gesundheitsamts hervor. Der Gemeinderat verabschiedete deshalb ein kurzfristiges Maßnahmenpaket zur Verbesserung der haus- und kinderärztlichen Versorgung. Geben soll es Stipendien für Medizinstudenten, Ausfallbürgschaften für die Facharztweiterbildung, Anreize für neue Arztpraxen, Vorsorgeuntersuchungen für Kinder im Gesundheitsamt und als Modellprojekt Schulgesundheitsfachkräfte. In den Jahren 2025 und 2026 stehen dafür 200 000 Euro zur Verfügung. jof Seite 23

## Verein „Königreich Deutschland“ verboten

*Razzia in sieben Bundesländern, vier Männer festgenommen*

**BERLIN** Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) hat die aktuell größte bekannte Gruppierung sogenannter Reichsbürger und Selbstverwalter verboten. Vier mutmaßliche Köpfe des Vereins „Königreich Deutschland“ wurden festgenommen. Die Gruppierung hat nach eigenen Angaben bundesweit etwa 6000 Anhänger. Die Sicherheitsbehörden gehen allerdings von lediglich rund 1000 Anhängern aus.

Nach Angaben des Innenministeriums durchsuchten mehr als 800 Einsatzkräfte der Polizei in sieben Bundesländern – auch in Baden-Württemberg – ab den frühen Morgenstunden von dem Verein genutz-

te Gebäude sowie Wohnungen führender Mitglieder. Zudem wurde die Wohnung eines Deutschen in Solothurn in der Schweiz durchsucht.

Die Razzien erstreckten sich laut Innenministerium auf insgesamt 15 Objekte. Sichergestellt wurden den Angaben zufolge „weitere Beweismittel für die verfassungsfeindlichen Ziele und Aktivitäten des Vereins“. Unter anderem wurden drei Vereinsimmobilien, zahlreiche Fantasiedokumente, Vereinsunterlagen, Bargeld, Landmaschinen und Fahrzeuge beschlagnahmt. Vier Männer wurden laut Generalbundesanwalt festgenommen. Unter ihnen ist Peter Fitzek, ein gelernter

Koch, der die Vereinigung nach Erkenntnissen der Behörden 2012 in Wittenberg gegründet hatte.

„Das Ziel dieser Vereinigung ist es, einen sogenannten Gegenstaat zu gründen und sich von der Bundesrepublik Deutschland abzuspalten“, sagte Dobrindt. Ihren vermeintlichen Herrschaftsanspruch untermauerten die Mitglieder der Vereinigung durch antisemitische Verschwörungserzählungen. Dieses Verhalten könne ein Rechtsstaat nicht dulden. Es handele sich bei den Mitgliedern keineswegs um „harmlose Nostalgiker“, sondern um kriminelle Strukturen, betonte der Minister. dpa Seite 2, 3